Mitteilung

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 13. Oktober 2015

„Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben – Planung, Herstellung, Pflege und Unterhalt“

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 9. November 2017 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 16/2832 Ziffer 2):

Die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag einen erneuten Bericht bis zum 30. Juni 2019 vorzulegen.

B e r i c h t

Mit Schreiben vom 27. Juni 2019, Az.: I berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Zu Punkt 4: „hergestellte Kompensationsmaßnahmen zeitnah und vollständig den für die Pflege zuständigen Unteren Verwaltungsbehörden zu übertragen. Die Arbeitshinweise für die Übergabe sind konsequent anzuwenden;“

Die Übergabe neu hergestellter Kompensationsmaßnahmen an die Unteren Verwaltungsbehörden wird von den Regierungspräsidien (RP/RPen) nach Abschluss der Entwicklungspflege im Regelfall zeitnah vollzogen. Die RPen haben hierzu entsprechende Arbeitsmechanismen eingeführt. Als Reaktion auf die Empfehlungen des Landesrechnungshofes wurden in den vergangenen Jahren die für die Maßnahmenübergabe in der Regel zuständigen Baureferate bei allen RPen (RP Stuttgart bislang nur teilweise) mit Fachpersonal aus dem Bereich Landschaftsplanung und/-bau besetzt bzw. die für das Kompensationsflächenmanagement zuständigen Referate personell verstärkt.

Im digitalen Straßenkompensationsflächenkataster der Straßenbauverwaltung (Skoka) sind derzeit landesweit über 2.800 einzelne Kompensationsmaßnahmen in einer Größenordnung von insgesamt etwa 3.000 Hektar im Zusammenhang mit Bundesfern- und Landesstraßen erfasst, die von der Straßenbauverwaltung zu erhalten und zu unterhalten sind. Im Skoka sind landesweit aktuell 25 % übergebene Maßnahmen dokumentiert. Der tatsächliche Übergabestand ist im Blick auf die ressourcenbedingte säumige Dokumentation höher.

Mit Schreiben vom 12. April 2019 (AZ.: 4-8872.00/5) hat das Verkehrsministerium VM die RPen erneut gebeten, die Aktivitäten zur Verbesserung der Unterhaltung landschaftspflegerischer Maßnahmen auszubauen und die noch vorhandenen Defizite konsequent abzubauen. Außerdem wurde um Bericht gebeten, warum laut Skoka bislang verhältnismäßig wenig Maßnahmen übergeben bzw. eingetragen wurden.

Eine große Herausforderung bei der Übergabe von Maßnahmen stellt weiterhin dar, dass die Maßnahmenherstellung und der Abschluss der Entwicklungspflege zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgen (abhängig von der landschaftspflegerischen Maßnahme). Dies führt dazu, dass im Zusammenhang mit einem Straßenbauprojekt einige Kompensationsmaßnahmen deutlich vor Beginn, andere aber auch lange nach Abschluss der Straßenbaumaßnahmen umgesetzt und entwickelt werden (müssen). Dies lässt sich verfahrensbedingt meist nicht vermeiden. Um eine unmittelbare Übergabe zu gewährleisten, müssten daher regelmäßig und über einen Zeitraum von mehreren Jahren Maßnahmen einzeln und in zahlreichen Übergabeterminen an die für die Unterhaltung zuständigen Unteren Verwaltungsbehörden bzw. bei Bundesautobahnen an die Autobahnmeistereien übergeben werden. Aus organisatorischen Gründen und um den Aufwand zu reduzieren, führen die RPen deshalb Übergaben in der Regel erst dann durch, wenn eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen abgeschlossen ist. In diesen Fällen erfolgt die Unterhaltungspflege bis zur Übergabe in Zuständigkeit der RPen. Häufig kommt es im Rahmen der Übergabeterminen zu Änderungen und Ergänzungen, die in die Unterlagen mit den Pflegehinweisen zu den Kompensationsmaßnahmen eingetragen sowie im Skoka erfasst werden müssen. Auch können vor Ort neue Sachverhalte auftreten und die Übergabe einzelner Maßnahmen verzögern.

Darüber hinaus ist vor der Übergabe zu prüfen, ob zur Herstellung des im Planfeststellungsbeschluss bzw. in der Zulassung vorgeschriebenen Entwicklungszieles weitere landschaftsbauliche oder landschaftspflegerische Leistungen zu erbringen sind, die in diesen Fällen von den RPen zu veranlassen sind. So hat u. a. das RP Freiburg bei der Überprüfung von Altmaßnahmen im Rahmen der Vorbereitung der Übergabe in zahlreichen Fällen festgestellt, dass Flächen und Maßnahmen in der Vergangenheit nicht oder nicht fachgerecht umgesetzt bzw. unterhalten wurden. In diesen Fällen werden die erforderlichen Tätigkeiten und Maßnahmen zwar unverzüglich veranlasst, jedoch entsteht in der Regel ein erheblicher Arbeitsaufwand, der eine Übergabe weiter verzögert. Ebenfalls ist zu berücksichtigen, dass einige Maßnahmen auch Jahre oder in Einzelfällen Jahrzehnte nach Projektabschluss wegen fehlender Flächenverfügbarkeit oder nicht abgeschlossener Flurbereinigungsverfahren noch nicht umgesetzt werden konnten.

Durch die stetig steigenden Anforderungen in Bezug auf Quantität und Qualität von Kompensationsmaßnahmen ist eine deutliche Zunahme von spezifischen – teilweise vorgezogen umzusetzenden – artenschutzrechtlichen Maßnahmen zu verzeichnen. Oft sind diese aufwendig mit dem Bauablauf zu koordinieren sowie mit umfangreichen Berichtspflichten oder einem langjährigen Risikomanagement bzw. Monitoring verbunden. Entsprechend ist das Fachpersonal regelmäßig mit der Planung, Umsetzung und Betreuung der erforderlichen Maßnahmen ausgelastet, was die Übergaben von Altmaßnahmen ebenfalls verzögert.

Ein weiteres Hemmnis scheint in vielen Fällen auch das fehlende Fachpersonal aus den Bereichen Landschaftsplanung und -bau bei den Unteren Verwaltungsbehörden zu sein. Um die hiermit verbundenen Aufgaben wahrzunehmen, sind insbesondere bei artenschutzrechtlichen Maßnahmen vertiefte Kenntnisse des Naturschutzes und der Landschaftspflege – insbesondere im Bereich der Biotoppflege – zwingend erforderlich. In diesem Zusammenhang berichtet das RP Karlsruhe, dass sich in dessen Zuständigkeitsbereich verschiedene Untere Verwaltungsbe-

hörden außer Stande sehen, die übergebenen Kompensationsmaßnahmen entsprechend den Pflege- und Entwicklungsplänen zu unterhalten. Sie verweisen neben mangelnden Fachkenntnissen auf fehlende maschinelle und personelle Ausstattung sowie unzureichende Haushaltsmittel. Von der Möglichkeit der Unteren Verwaltungsbehörden, die gesetzlich übertragene Aufgabe der dauerhaften Unterhaltung von Kompensationsmaßnahmen an Dritte, beispielsweise Landwirte, zu vergeben, wird nicht in nennenswertem Umfang Gebrauch gemacht. Bei vielen Unteren Verwaltungsbehörden gibt es noch keine Ansprechpartnerinnen und -partner für Skoka.

Auch die Nacherfassung von Altmaßnahmen und deren Übergabe bzw. Zuordnung im Skoka stellt eine große Herausforderung dar. Der Anforderung des Landesrechnungshofes nach einer vollständigen Datenerfassung wird sukzessive im Rahmen der personellen Möglichkeiten nachgekommen. Ziel der hierzu vom VM eingeleiteten Maßnahmen ist die Erfassung aller Kompensationsmaßnahmen im Zusammenhang mit Bundesfern- und Landesstraßenvorhaben im Skoka als zentralem Controlling-System der Straßenbauverwaltung zur Flächen- und Maßnahmenverwaltung. Die RPen sind mit Schreiben vom 1. August 2017 (AZ.: 4-8872.00/5) angewiesen, die Daten aller naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Skoka zu erfassen bzw. zu vervollständigen, bevor diese an die für die Unterhaltung zuständigen Stellen übergeben werden. Kompensationsmaßnahmen aus vor dem 1. Januar 2003 ergangenen Planfeststellungsbeschlüssen sind von den RPen nur anlassbezogen im Skoka zu erfassen, insbesondere sobald eine Übergabe an den Betriebsdienst zur Pflege und Unterhaltung vorgesehen ist, oder wenn die erforderlichen Unterlagen ohne erheblichen Aufwand ermittelt und ausgewertet werden können. Bei Altfällen, zu denen die erforderlichen Unterlagen nicht oder nur unvollständig vorliegen, kann die Erfassung im Skoka aus Gründen der Verhältnismäßigkeit auf Basisangaben wie die Lage der Maßnahmenfläche, den Zielzustand, die Beschreibung der Maßnahme und der Unterhaltungspflege sowie Angaben zu Eigentümern/Regelungen beschränkt werden.

Positiv sind in diesem Zusammenhang die Maßnahmen des RP Karlsruhe hervorzuheben: Dort wurde ein abteilungsübergreifendes Ablaufschema für den Planungs- und Umsetzungsprozess von Kompensationsmaßnahmen etabliert, das alle betroffenen Referate und Dienststellen einschließt. Hierdurch wird eine einheitliche und strukturierte Vorgehensweise gewährleistet. Außerdem werden die jeweiligen Zuständigkeiten wegen der zahlreichen und unvermeidlichen Schnittstellen verbindlich und eindeutig geregelt. Um eine einheitliche Vorgehensweise und eine praxisgerechte Darstellung der Aufgaben und Arbeitsprozesse zu erreichen, hat das VM diese Vorgehensweise auch den anderen RPen zur Anwendung empfohlen.

Deutliche Erfolge kann auch das RP Freiburg verzeichnen. So konnten die personalbedingten Rückstände erheblich reduziert werden. Das zuständige Referat hat inzwischen mehr als 500 Einzelmaßnahmen im Skoka nacherfasst und bereits zahlreiche Maßnahmen an die für die Unterhaltung zuständigen Dienststellen übergeben.

Das RP Stuttgart hat ein Konzept mit Zeithorizont 2023 entwickelt, aus dem sich die vorgesehenen Übergabetermine für die hergestellten Kompensationsmaßnahmen ableiten lassen. Das RP Tübingen berichtet von klaren Zuständigkeitsregeln und einer bereits 2018 durchgeführten Erhebung zum Stand der Übergaben, auf deren Basis weitergearbeitet wird.

Zur Unterstützung der RPen hat das VM die „Arbeitshinweise für die Bauabwicklung in der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg“ (VM, 2011) auf Vollständigkeit und Ergänzungsbedarf im Hinblick auf die Übergabe von Kompensationsmaßnahmen an den Betriebsdienst geprüft. Unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Landesrechnungshofes werden die dort enthaltenen Vorgaben derzeit punktuell konkretisiert und in Teilen ergänzt. Die RPen werden erneut auf die Beachtung der Empfehlungen hingewiesen, um die fachgerechte und vollständige Übergabe der fertiggestellten Kompensationsmaßnahmen an die zuständigen Unteren Verwaltungsbehörden zu gewährleisten.

Zur Optimierung des Übergabeprozesses von landschaftspflegerischen Maßnahmen an die Unteren Verwaltungsbehörden bzw. Autobahnmeistereien wird den RPen in Kürze außerdem eine Muster-Übergabenederschrift bereitgestellt. Die Übergabenederschrift wird künftig – ergänzt um zusätzliche Hinweise und Arbeitshilfen zur Vorbereitung der Übertragung landschaftspflegerischer Maßnahmen – in die „Arbeitshinweise für die Bauabwicklung in der Straßenbauverwaltung“ integriert.

Die zeitnahe und vollständige Übertragung der Kompensationsflächen an die Unteren Verwaltungsbehörden wird von den Regierungspräsidien als Führungsaufgabe verstanden. Das VM hat vereinbart, dass sie die Arbeitsabläufe untersuchen, nachsteuern und soweit möglich notwendige Ressourcen bereitstellen.

Insgesamt ist aber festzustellen, dass die angesprochenen Aufgabenfelder nur dann angemessen wahrgenommen werden können, wenn im Bereich Landschaftsplanung und/-bau weiteres Fachpersonal aufgebaut wird.

Zu Punkt 5: „im Rahmen der Fachaufsicht sicherzustellen, dass die Unteren Verwaltungsbehörden die Pflege- und Funktionskontrollen bei den Kompensationsmaßnahmen systematisch durchführen;“

Für die Durchführung der Pflege- und Funktionskontrollen von Kompensationsmaßnahmen sind nach dem Straßengesetz für Baden-Württemberg die Unteren Verwaltungsbehörden bzw. bei Bundesautobahnen die Autobahnmeistereien der RPen zuständig. Das VM hat die Unteren Verwaltungsbehörden bereits mit Schreiben vom 31. Juli 2014 aufgefordert, ihrer rechtlichen Verpflichtung, ggf. auch durch die Vergabe entsprechender Leistungen an qualifizierte Dritte, nachzukommen.

Um die Durchführung von Pflege- und Funktionskontrollen zu vereinheitlichen, hat das VM die Handreichung „Pflege- und Funktionskontrollen von landschaftspflegerischen Maßnahmen“ erstellt. Diese praxisorientierte Arbeitshilfe wurde mit Schreiben vom 2. April 2019 (AZ.: 4-8872.00/18) an alle für die Durchführung der Pflege- und Funktionskontrollen zuständigen Dienststellen versandt. Auf dieser Grundlage können einheitlich Zustandsbewertungen der übergebenen Kompensationsmaßnahmen erfolgen. Zudem können konkrete Handlungsempfehlungen zum Abbau der bestehenden und vom Rechnungshof angemahnten Pflegedefizite abgeleitet werden. Voraussetzung hierfür ist, dass ausreichendes und qualifiziertes Fachpersonal zur Verfügung steht.

Ferner fordert das VM von den RPen regelmäßig Berichte zum Zustand aller Kompensationsmaßnahmen zu ausgewählten Straßenbauprojekten an. Erste Stichproben des VM haben ergeben, dass eine Überprüfung von bereits übergebenen Kompensationsmaßnahmen im Rahmen der Fachaufsicht durch die RPen nur in geringem Umfang erfolgt. Zur Sicherstellung solcher systematischen Kontrollen wären zusätzliche personelle Ressourcen erforderlich, weil das zuständige Fachpersonal aktuell noch mit der Nacherfassung und Übergabe der oben genannten Altmaßnahmen ausgelastet ist.

Bei der Bewältigung der vorgenannten Defizite sind insbesondere die Aktivitäten des RP Tübingen hervorzuheben. So wurden im Rahmen der Fachaufsicht über die Unteren Verwaltungsbehörden im Oktober 2018 erstmals Berichte zur Pflege und zum Zustand der durchgeführten Pflegemaßnahmen angefordert und Kontrollen konkreter Kompensationsmaßnahmen eingefordert. Während einige Untere Verwaltungsbehörden die Aufgaben der Pflege der übergebenen Maßnahmen und deren Dokumentation sowie Kontrolle inzwischen erfolgreich gewährleisten können, wurden in anderen Fällen die bereits bekannten Defizite erneut deutlich. Die Rückmeldungen der Unteren Verwaltungsbehörden umfassten dabei u. a. unvollständige Übergaben der Kompensationsmaßnahmen sowie fehlende Mittel.

Das zuständige Referat im RP Tübingen hat mit dem Ziel der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen RP und Unteren Verwaltungsbehörden die Benennung von jeweils einer zuständigen Person für den Themenbereich „Übergabe und Pflege von Kompensationsflächen sowie Skoka“ gefordert. Dieser Personenkreis trifft sich in Kürze zu einer ersten Sitzung. Ferner sind separate Abstimmungsgespräche

zwischen den Baureferaten des RP und den jeweiligen Unteren Verwaltungsbehörden vorgesehen. Das VM wird diese Vorgehensweise bei den anderen Regierungspräsidien anregen.

Das RP Karlsruhe bittet bei der Übergabe der Maßnahmen an die Unteren Verwaltungsbehörden um unaufgeforderte Vorlage einer Pflegedokumentation der Maßnahme in Form eines Berichtes mit Fotodokumentation in Abständen von drei Jahren. Inzwischen werden auch anlassbezogene, stichprobenartige Überprüfungen der Unteren Verwaltungsbehörden durchgeführt. Dies gilt ebenso für Maßnahmen, bei denen Pflegeverträge mit Dritten abgeschlossen wurden.

Das VM wird auch künftig stichprobenartige Kontrollen von Kompensationsmaßnahmen zu ausgewählten Projekten durchführen und die Fachaufsicht über die Regierungspräsidien verstärkt ausüben. Außerdem wird das VM auf eine ausreichende Fachaufsicht über die Unteren Verwaltungsbehörden seitens der RPen achten. Bislang ist weitgehend unbekannt, ob und in welchem Umfang Pflege- und Funktionskontrollen von Kompensationsmaßnahmen vonseiten der Unteren Verwaltungsbehörden veranlasst bzw. durchgeführt werden. Das VM hat noch keine umfassende Kenntnis über den Zustand der übergebenen Maßnahmen. Aufgrund der in der Vergangenheit nicht immer in zufriedenstellendem Maße durchgeführten Dokumentation der Übergaben und des Maßnahmenzustands, besteht in vielen Fällen zudem kein vollständiger Überblick, welche Maßnahmen bereits an die Unteren Verwaltungsbehörden übergeben worden sind.

Um den Ursachen vorhandener Probleme mit der dauerhaften Pflege und Unterhaltung der übergebenen Kompensationsmaßnahmen auf den Grund zu gehen und diese zu beseitigen, hat das VM ein Modellprojekt zum Kompensationsmanagement ins Leben gerufen, für das ein Dienstleister beauftragt wird, die teilnehmenden Landkreise während der Projektlaufzeit von zwei Jahren beim Management ausgewählter, straßenferner Kompensationsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßenbaumaßnahmen zu beraten und zu unterstützen. Die Managementdienstleistungen werden die Beauftragung der Unterhaltungsmaßnahmen einschließlich der Vertragsabwicklung, die Pflegekontrollen und die Dokumentation umfassen. Der Auftrag des VM soll bis zu drei freiwillig teilnehmende Landkreise mit jeweils 30 bis 40 Einzelflächen umfassen. Im Rahmen des Projekts werden die Prozessabläufe bei den Unteren Verwaltungsbehörden betrachtet und der Zeit- und Kostenaufwand für ein fachgerechtes Kompensationsflächenmanagement exemplarisch erhoben, damit darauf aufbauend Hinweise für mögliche Optimierungen gegeben werden können. Das Ergebnis des Projekts wird Rückschlüsse zulassen, ob eine Zentralisierung der Managementaufgaben geprüft werden sollte.

In Zusammenarbeit mit der Landesstelle für Straßentechnik entwickelt das VM die Skoka-Fachanwendung kontinuierlich weiter, um die Dokumentation und das Management von Pflege- und Funktionskontrollen sowie die Erfassung durchgeführter Pflegemaßnahmen einschließlich deren Kontrolle zu erleichtern. Ab 2019 und den Folgejahren stehen Haushaltsmittel zur Verfügung, um das Skoka in Bezug auf die Anforderungen der Straßenbauverwaltung sowie Bedienerfreundlichkeit hin grundlegend anzupassen bzw. in ein verbessertes System zu überführen. So soll beispielsweise ermöglicht werden, den Unteren Verwaltungsbehörden in Skoka Zugriff nicht nur gesamthaft für einzelne Straßenbauprojekte, sondern auch für einzelne Kompensationsmaßnahmen zu übertragen. Voraussetzung für die Anpassung ist, dass bei den RPen und den Unteren Verwaltungsbehörden ausreichende Personalkapazitäten für die Aufgabe der Datenerfassung und dauerhaften Datenpflege im Skoka freigestellt werden können.

Zu Punkt 6: „die Herstellung und Pflege der Kompensationsmaßnahme unter Berücksichtigung der ausführlichen Vorschläge des Rechnungshofes weiter zu verbessern;“

Das VM arbeitet zur Verbesserung von Herstellung und Pflege der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kontinuierlich an der Optimierung der Planung, Durchführung und dauerhaften Erhaltung von Kompensationsmaßnahmen im Straßenbau.

Das VM hat, um alle möglicherweise noch bestehenden Unsicherheiten auszuschließen, veranlasst, dass mit der Änderung des Straßengesetzes vom 5. Februar 2019 auch § 51 Absatz 2 Ziffer 1.a) ins Gesetz aufgenommen wurde. Dieser stellt klar, dass die Unteren Verwaltungsbehörden als Straßenbaubehörden für die Unterhaltung der Kompensationsmaßnahmen zuständig sind.

Mit Schreiben vom 24. Januar 2018 hat das VM die Hinweise zur Wirksamkeit landschaftspflegerischer Maßnahmen im Straßenbau (HLPM) eingeführt. Die Hinweise wurden vom Arbeitskreis „Landschaftspflegerische Kompensationsmaßnahmen“ im Arbeitsausschuss Landschaftsgestaltung der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) erarbeitet, in dem auch das VM vertreten ist. Die HLPM enthalten Strategien und Empfehlungen, wie Kompensationsmaßnahmen im Straßenbau so konzipiert und organisiert werden können, dass eine nachhaltige ökologische Wirkung erreicht und dauerhaft sichergestellt wird und zugleich eine zügige Projektentwicklung, ein Höchstmaß an Planungssicherheit sowie eine größtmögliche Effizienz erreicht werden.

Das VM setzt sich außerdem auf unterschiedliche Weise für Erleichterungen bei der Handhabung der Eingriffsregelung in der Praxis sowie für die Ermöglichung vorgezogener großflächiger Kompensationsmaßnahmen über Ökokonten und Flächenpools ein.

Das VM hat auf Bundesebene in den Arbeitskreisen des vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) einberufenen „Innovationsforums Planungsbeschleunigung“ verschiedene Reformvorschläge eingebracht bzw. unterstützt, die vom Bund umgesetzt werden sollen und die mit Verbesserungen auf Landesebene einhergehen. Dabei handelt es sich insbesondere um die Zulassung eines vorgezogenen Grunderwerbs für Kompensationsmaßnahmen, die eine frühzeitige und nachhaltige Kompensationsplanung sowie großflächige Kompensationsmaßnahmen möglich macht und die Erlaubnis zur Anlegung von Flächenpools. Minister Hermann MdL hat das BMVI bereits mit Schreiben vom 3. August 2016 darum gebeten, die Rahmenbedingungen für die Finanzierung von vorgezogenen Kompensationsmaßnahmen wie Ökokontomaßnahmen oder Flächenpools auf Bundesebene zu erleichtern, analog zum bereits praktizierten Vorgehen des Landes. In einem Gespräch am 19. Oktober 2017 im BMVI mit Vertreterinnen und Vertretern des VM gab das BMVI die Zusage, künftig entsprechende Projekte zu finanzieren. Das BMVI hat hierzu einen Arbeitskreis zur Klärung der mit der frühzeitigen Finanzierung verbundenen Fragestellungen eingerichtet, in welchem auch das VM vertreten ist. Das VM erwartet die Veröffentlichung eines entsprechenden Allgemeinen Rundschreibens (ARS) für Ende 2019.

Parallel hat das VM umgehend mit der Suche nach entsprechenden Projekten begonnen und die RPen aufgefordert, Vorschläge für großflächige Kompensationsmaßnahmen zu machen. Das RP Stuttgart hat in diesem Zusammenhang den Erwerb einer Hofstelle einschließlich der dazugehörigen landwirtschaftlichen Flächen vorgeschlagen und eine Machbarkeitsstudie zum Aufwertungspotenzial vorgelegt. Durch gezielte Entwicklungsmaßnahmen können dort insgesamt 32 Hektar zusammenhängender Fettwiesen und Fettweiden zum FFH-Lebensraumtyp „Mageres Flachland-Mähwiese“ bzw. „Montane Magerwiese mittlerer Standorte“ entwickelt und rund 4.400.000 Ökopunkten generiert werden. Als Pilotprojekt für die vorgezogene großflächige Kompensation wird der Erwerb der Hofstelle aktuell vom VM in Abstimmung mit dem BMVI vorbereitet und die Maßnahme vorangetrieben. Das Projekt bietet die Chance, eine großflächige und maßnahmenunabhängige Kompensationsmaßnahme durch die Straßenbauverwaltung zu verwirklichen und kann als Impuls für künftige Maßnahmen dienen.